

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kultur und Medien (22. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Erhard Grundl, Tabea Rößner, Margit Stumpp,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 19/27877 –**

**Green-Culture-Konzept umsetzen – Klimaschutz als Pfeiler einer
zukunftsfähigen Kulturpolitik verankern**

A. Problem

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert, den Klimaschutz als zentralen Pfeiler in der Kulturpolitik zu verankern. Die Bundesregierung soll veranlasst werden, einen Green Culture Desk einzurichten, dessen Geschäftsstelle als zentrale Anlaufstelle dient. Kultureinrichtungen und Kulturakteur/-innen sollen sich dort im Hinblick auf die ökologische Transformation beraten lassen können. Zum Forderungskatalog der Fraktion gehört darüber hinaus ein Green Culture Fonds, aus dem mit zunächst 5 Mio. Euro der Green Culture Desk aufgebaut und aus dem mit 100 Mio. Euro in drei Jahren Projekte gefördert werden sollen. Die Vergabe von Mitteln aus dem „Neustart-Kultur“-II-Programm der Bundesregierung soll an Nachhaltigkeitskriterien gekoppelt werden. Außerdem will die Fraktion erreichen, dass neue Formen der künstlerischen Auseinandersetzung mit dem Thema Nachhaltigkeit gefördert werden.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/27877 abzulehnen.

Berlin, den 28. Juni 2021

Der Ausschuss für Kultur und Medien

Katrin Budde
Vorsitzende

Melanie Bernstein
Berichterstatterin

Martin Rabanus
Berichterstatter

Dr. Marc Jongen
Berichterstatter

Hartmut Ebbing
Berichterstatter

Simone Barrientos
Berichterstatterin

Erhard Grundl
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Melanie Bernstein, Martin Rabanus, Dr. Marc Jongen, Hartmut Ebbing, Simone Barrientos und Erhard Grundl

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/27877** in seiner 224. Sitzung am 22. April 2021 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Kultur und Medien überwiesen sowie zur Mitberatung an den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit und den Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert, den Klimaschutz als zentralen Pfeiler in der Kulturpolitik zu verankern. Die Bundesregierung soll veranlasst werden, einen Green Culture Desk einzurichten, dessen Geschäftsstelle als zentrale Anlaufstelle dient. Kultureinrichtungen und Kulturakteur/-innen sollen sich dort im Hinblick auf die ökologische Transformation beraten lassen können. Zum Forderungskatalog der Fraktion gehört darüber hinaus ein Green Culture Fonds, aus dem mit zunächst 5 Mio. Euro der Green Culture Desk aufgebaut und aus dem mit 100 Mio. Euro in drei Jahren Projekte gefördert werden sollen. Die Vergabe von Mitteln aus dem „Neustart-Kultur“-II-Programm der Bundesregierung soll an Nachhaltigkeitskriterien gekoppelt werden. Außerdem will die Fraktion erreichen, dass neue Formen der künstlerischen Auseinandersetzung mit dem Thema Nachhaltigkeit gefördert werden.

Die Fraktion betont, die Kultur- und Kreativbranche sei von den Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie stärker als die meisten anderen Wirtschaftsbereiche betroffen. Gleichzeitig sei dieser Sektor in hohem Maße motiviert, Klimaschutz zu betreiben. Viele Maßnahmen würden bereits freiwillig ergriffen, ohne öffentliche Unterstützung oder kulturpolitische Wertschätzung. Vernetzung und Bündelung des Know-hows fehlten jedoch. Gebraucht werde eine zentrale Anlaufstelle, die Beratung anbiete und Expertise vermittele. Die Bundesregierung und die sie tragende Mehrheit im Deutschen Bundestag habe das Ziel, die Transformation zu begleiten, nicht auf der Agenda. Sie habe es auch versäumt, die Vergabe von Hilfsmitteln in der Pandemie an Nachhaltigkeitskriterien zu binden. Diese Situation will die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ändern.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Haushaltsausschuss** empfahl in seiner 98. Sitzung am 19. Mai 2021 Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit** empfahl in seiner 120. Sitzung am 23. Juni 2021 Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der **Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen** empfahl in seiner 80. Sitzung am 9. Juni 2021 Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** empfahl in seiner 77. Sitzung am 23. Juni 2021 Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Die **Fraktion der CDU/CSU** stellte fest, in dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werde gefordert, Klimaschutz als wichtigen Grundsatz in der Kulturpolitik zu verankern. Neben der Einbindung des Klimaschutzes in alle kulturpolitischen Handlungen solle ein sogenannter Green Culture Desk mit eigener Geschäftsstelle eingerichtet werden, der die Umsetzung von Maßnahmen überwacht.

Nach Auffassung der Fraktion der CDU/CSU widerspreche dieses Ansinnen dem Grundsatz der Kunstfreiheit. Nicht alles lasse sich staatlich verordnen. Außerdem habe die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) bereits im Rahmen des Runden Tisches „Museen und Klimaschutz“ Lösungen für Nachhaltigkeit im Kulturbereich erarbeitet. Vielfältige Maßnahmen würden auch im Nachhaltigkeitsbericht der BKM beschrieben. Einige Vorschläge der Antragsteller/-innen überschneiden sich mit Aufgabenbereichen des von der BKM geschaffenen Aktionsnetzwerks. Im Nachhaltigkeitsbericht seien eine zentrale Anlaufstelle, der Aufbau von Expertenwissen und Beratungsangebote schon enthalten.

Wenn die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in ihrem Antrag kritisiere, dass die Bundesregierung die Vergabe der Mittel aus dem „Neustart-Kultur“-Programm nicht an ökologische Nachhaltigkeitskriterien knüpfe, werde definitiv die falsche Priorität gesetzt. Mit dem „Neustart-Kultur“-Programm sollten Existenzen gerettet werden. In einer solchen Ausnahmezeit müssten mit den Fördergeldern so wenige Bedingungen wie möglich verbunden sein. Schon deshalb lehne die Fraktion der CDU/CSU ab.

Die **Fraktion der SPD** führte aus, auch sie halte den Klimaschutz für eine der großen Herausforderungen der kommenden Jahre und Jahrzehnte. Insoweit sei es Konsens, dass alle gesellschaftlichen Bereiche – also auch der Kultursektor – ihren Beitrag leisten müssten. Damit werde die Kunstfreiheit nicht eingeschränkt. Im Kern stelle sich die Frage, wie Kultureinrichtungen und Kulturproduktionen so organisiert werden könnten, dass sie nachhaltig und den Zielen des Klimaschutzes verpflichtet arbeiteten. Diese Ziele habe die regierende Koalition aus CDU/CSU und SPD gerade noch einmal etwas ambitionierter aufgestellt. Es sei also nicht so, dass auf diesem Politikfeld nichts geschehen wäre. Das verschweige die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, weil man sich bereits im Vorwahlkampf befinde und der grüne Markenkern verdeutlicht werden solle.

Die Fraktionen der CDU/CSU und SPD hätten unlängst im Filmförderungsgesetz ökologische Fördervoraussetzungen verankert, das sei reale Politik. Die Initiative für mehr Klimaschutz und Nachhaltigkeit in Museen komme hinzu. Schon 2019 hätten sich Bund, Länder und kommunale Spitzenverbände auf Zielsetzungen verständigt, der Runde Tisch sei erwähnt worden, ebenso wie das Aktionsnetzwerk. Nachhaltigkeit in Kultur und Medien würden bereits umgesetzt. Und mit der Forderung, 100 Mio. Euro für Green Culture auszugeben, bleibe die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wenig ambitioniert. Allein für Luftreinigungsanlagen seien aus der ersten Pandemie-Kultur-Milliarde 250 Mio. Euro für den Kultursektor bereitgestellt worden. Wer auch nur die Kultureinrichtungen des Bundes in Berlin betrachte, wisse, dass man deutlich ambitionierter werden müsse. Die Fraktion der SPD lehne daher die Initiative ab.

Die **Fraktion der AfD** merkte an, die Zeiten, in denen es in der Kulturpolitik vor allem um künstlerische und gestalterische Leistungen gegangen sei, seien anscheinend vorbei. Die Kultur werde als wichtiger Integrationsmotor in den Dienst genommen, kulturelle Teilhabe und Diversität sollten in den Kultureinrichtungen verbindlich als dauerhafte Kern- und Querschnittsaufgaben verankert werden. Die Bundesregierung schreibe Normen fest, die sich direkt auf die Kunst und die unternehmerische Freiheit auswirkten. Ein eigenes Recht der Kultur, unabhängig von solchen Instrumentalisierungen, gestehe offenbar auch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Sektor nicht zu. Sie wolle nun den Klimaschutz als zentralen Pfeiler der Kulturpolitik verankert sehen.

Die Fraktion der AfD griff Forderungen aus dem vorgelegten Antrag auf und zog den Schluss, für die eigene Klientel könne offenbar nie genug Steuergeld bereitgestellt werden. Ein Green Culture Desk mit Geschäftsstelle auf Bundesebene habe aus der Sicht der Fraktion der AfD das Zeug, sich zu einem grün-ökologischen Politbüro zu entwickeln. Es gebe wohl keinen gesellschaftlichen Bereich, der von der grünen Klimaschutz-Obsession verschont bleibe. Diese Instrumentalisierung des Kulturbereichs für kulturferne Zwecke lehne die Fraktion der AfD ab, umso mehr, als sämtliche deutschen Klimaschutzmaßnahmen im internationalen Emissionskontext nachweislich völlig wirkungslos verpufften.

Die **Fraktion der FDP** kündigte Ablehnung an. Es sei richtig und gut, das Thema Klimaschutz voranzutreiben, es über alles zu stellen, gehe aber zu weit. Die Fraktion der SPD habe zu Recht darauf hingewiesen, dass schon viel erreicht sei. Die Fraktion der FDP werde sich nicht an einem Wahlkampfmanöver der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beteiligen.

Die **Fraktion DIE LINKE**. erklärte, sie werde dem Antrag zustimmen, weil er in die richtige Richtung gehe und es wichtig sei, mehr für den Klimaschutz zu tun. Bisher passiere zu wenig. Eine Aufgabe dieser Dimension werde nicht mit kleinen Schritten erledigt werden können. Der im Antrag geleistete Aufschlag sei gut, um Klimaschutzmaßnahmen und -ideen im Kulturbetrieb zu etablieren. Auch die Einrichtung eines Green Culture Desk sowie dessen im Antrag definierte Aufgaben finde die Fraktion DIE LINKE. praxisnah und impulsgebend. Ökologische und nachhaltige Förderkriterien verpflichtend in die öffentliche Kulturförderung aufzunehmen, sei ebenfalls richtig.

Es müssten allerdings soziale Kriterien hinzutreten, weil die Transformation nur dann gelingen könne, wenn man die Akteurinnen und Akteure mitnehme. Dass die soziale Komponente im Antrag fehle, empfinde die Fraktion DIE LINKE. als große Leerstelle in einem ansonsten wichtigen Antrag. Gern könne man in der nächsten Legislaturperiode gemeinsam eine bessere Initiative erarbeiten.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** urteilte, ihr Antrag zum Green-Culture-Konzept sei es wert, debattiert zu werden. In der Klimakrise müssten alle Branchen ihren Beitrag leisten, um Ressourcen einzusparen. Die Arbeit, die in der Kulturbranche zu leisten sein werde, wolle die Fraktion würdigen, unterstützen und weiterentwickeln, denn an vielen Orten sei sie kein Zukunftsprojekt, sondern werde sie aktuell schon umgesetzt. Gefördert werden sollten die Willigen, die Pioniere der Szene. Jahrelang sei das Problem ausgeblendet worden. Es fehlten Daten, einheitliche Analysen, Messinstrumente und Ansprechpartner/-innen sowie der kulturpolitische Austausch zu dem Thema.

Erfreut nehme die Fraktion zur Kenntnis, dass langsam auch die Kulturstaatsministerin das Thema für sich entdecke. Allerdings gehe es zu langsam und ohne jedes Konzept voran. Die bisherige Kulturpolitik sei nicht darauf konzentriert, die Kultureinrichtungen fit für die Zukunft zu machen, sondern nehme lieber neue Bauprojekte in den Blick. Die Kulturszene wünsche sich hingegen verlässliche Rahmenbedingungen.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN habe ein Konzept vorgelegt. Statt in Tippelschritten und unter Parteigeplänkel gelte es, selbstbewusst nach vorn zu gehen. Die Fraktion habe ihr Konzept mit zahlreichen Expertinnen erarbeitet. Die Kulturszene warte darauf.

Berlin, den 28. Juni 2021

Melanie Bernstein
Berichterstatlerin

Martin Rabanus
Berichterstatter

Dr. Marc Jongen
Berichterstatter

Hartmut Ebbing
Berichterstatter

Simone Barrientos
Berichterstatlerin

Erhard Grundl
Berichterstatter

